

Haale-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten - Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Haale-Zeitung“ erscheint am jedem Wechening nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Beingelohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.60 Goldmark und 24 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluss der Anzeigen-Nachnahme: Jeden Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonnen-Zellen berechnet; die Zelle 0.21 Goldmark. Verlagsort: Neue Promenade 1a und 2a, Druckhausstraße 17. Fernsprecher: Central-Nummer 7431. Druck-Anstalt: „Haale-Zeitung“ (Sonderdruck) „Haale-Zeitung“, Danz-Verlag: Druckhaus Reinhold Stadler, Halle a. S. Postfach-Nummer: Leipzig Nr. 22915. Verlagsverwalt.: Christian Wolff; Halle a. S.

Nach der Krisis.

Das zweite Kabinett Marx.

Die Entscheidung ist gefallen: Das Kabinett der bürgerlichen Minderheit steht in unerbittlicher Form zur. Wir sehen nicht an, diese Lösung zu bedauern. Von vornherein haben wir betont, daß die Deutschnationale Volkspartei in die Regierung und in die Verantwortung eintreten müsse, um dem am Ausbruch bedrohenden Volkswillen sichtbaren Ausdruck zu geben. Mit ganzer Kraft und in selbstloser Weise hat die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei unter Führung von Dr. Schulz auf dieses Ziel hingearbeitet. Als es den Deutschnationalen nicht gelungen war, eine Mehrheit für die Kandidatur Tirpitz zu finden, ergriß die Deutsche Volkspartei die Initiative und brachte von sich aus die Verhandlungen vom Neuen in Fluß. Als durch die deutschnationale Erklärung vom 30. Mai ein veränderter „außenpolitischer Kurs“ verlangt wurde und damit die hoffnungsvoll beginnenden Verhandlungen erneut scheiterten, war die D. N. P. immer noch bereit, Stützen zu schlagen, um zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Am Montag schienen die neuen Verhandlungen einen Gang zu nehmen, der nicht ganz aussichtslos war. Die wechselvollen Ereignisse des Dienstag haben alle Ansichten gerührt.

Am Dienstag mittag hatten bekanntlich verschiedene Nachrichtenbüros eine Reihe deutschnationaler Forderungen mitgeteilt, die nichts anderes darstellten, als einen Rückfall in die absehbare Stellung des Beschlusses vom Freitag. Wie heute schriftlich, *Hannoversche Nachrichten* aus dem Kreis der deutschnationalen Fraktion selber. Die Nachrichtenbüros weigerten sich deshalb, einen Widerruf zu bringen. Dagegen waren sie bereit, ein offizielles Dementi der Fraktionsleitung zu veröffentlichen. Dieses ist bekanntlich erschienen und konnte die anderen Verhandlungsteilnehmer auch befriedigen. Der schärfste Eindruck der ersten Werbung im In- und Auslande aber war nicht wieder gutzumachen. Bestehen blieb auch bei den Verhandlungsteilnehmern das Gefühl, daß die deutschnationalen Unterhändler zwar zu manchem Entgegenkommen bereit waren, daß sie aber in ihrer Fraktion nicht den gewünschten Rückhalt besäßen, vielmehr wie der Vorgang zeigte, mit einer entschlossenen Gegnerschaft des Gedankens einer bürgerlichen Koalition zu kämpfen hatten.

Wie dem aber auch sei: Nicht persönliche Gründe und nicht taktische Angelegenheiten haben das Ziel vereitelt, sondern sachliche Fragen sind es gewesen, über die am letzten Ende die Meinungen auseinander liefen und zu dem gemeinsamen Programm unmöglich machten. Je länger die Verhandlungen dauerten, von welcher Seite man dem Problem auch näher zu kommen suchte, immer tiefen sie doch auf den entscheidenden Punkt: Die Stellung zur Außenpolitik. Die anderen Parteien waren und sind der Überzeugung, daß bei der ganzen äußeren Lage ein Kurswechsel das Unglück Deutschlands sein müsse. Hier war die Kluft — und die Deutschnationalen haben es nicht gewagt, sie zu überbrücken. Welche Gründe zu dieser starren Haltung geführt haben, grundsätzlicher oder agitatorischer Art, soll nicht unterludt werden, tut auch nichts zur Sache.

Ueber die anderen Punkte wäre bei gutem Willen eine Einigung möglich gewesen, wenn die erwähnte Kardinalfrage befriedigend gelöst war. Wenn die Deutschnationalen die „Kontinuität“ der Außenpolitik anerkennen wollten oder wenn sie einen Kurs mitmachen wollten, der sich „im Einklang“ der bisherigen Regierungsprogramme bewegte, so hätten sie schwerlich Veranlassung gehabt, sich an dem Manne zu stoßen, der diese Politik bisher geleitet hat: an Dr. Stresemann. Er selbst hatte längst mitgeteilt, daß seine Person kein Hindernis für ein neues Kabinett sein solle. Wäre es den Deutschnationalen also auf dem Sturz der Person Stresemanns mehr angekommen, als auf der Sache, so würde er ihnen nicht im Wege gestanden haben. Allerdings konnten und durften sie nicht erwarten, daß die Deutsche Volkspartei von sich aus ihren Führer opfern

Die kommunistische Gefahr.

Im Reichstage rüstet man sich nach den Vorgängen der letzten Sitzungstage auf durchgreifende Maßnahmen gegen die kommunistischen Kämpfer. Der Präsident wie auch die Mehrheit der Parteien sind fest entschlossen, wenn es nötig ist, Gewalt einzusetzen, um die Kommunisten unschädlich zu machen. Daß es sich dabei nicht mehr um ein Duzend, sondern um über 60 Sowjetagenten handelt, kann kein Hindernisgrund sein. Die größere Zahl macht es im Gegenteil den verantwortlichen Persönlichkeiten des Reichstages nur um so dringender zur Pflicht, sofort energisch durchzugreifen, da sonst die kommunistische Fraktion unerschütterlich über den Kopf wachsen wird. Sind Versäufungen der Geschäftsordnung nötig, so werden sie beschloffen werden. Die Aufrechterhaltung der Disziplin im Reichstage ist unumkehrbar geboten, als das Parlament in den nächsten Wochen für Deutschland lebenswichtige Arbeit zu leisten hat. Man darf den Kommunisten unter keinen Umständen gelassen, diese Arbeit zu führen. Aber man sollte sich über ein klar sein: Am Parlament liegt die eigenartige kommunistische Gefahr nicht. Die Regierung hat dem Geschäftsordnungsausschuß, der über die Haftentlassung der kommunistischen Abgeordneten zu beraten hatte, Material zu gehen lassen um den Nachweis für die Notwendigkeit der Versäufungen zu erbringen. Der Reichstag hat sich denn auch nicht entschließen können, die schlimmsten kommunistischen Verbrecher auf freien Fuß zu setzen und die Deutschnationalen

zu verdrängen. Das ist die einzige Gefahr, die die Regierung hat dem Geschäftsordnungsausschuß, der über die Haftentlassung der kommunistischen Abgeordneten zu beraten hatte, Material zu gehen lassen um den Nachweis für die Notwendigkeit der Versäufungen zu erbringen. Der Reichstag hat sich denn auch nicht entschließen können, die schlimmsten kommunistischen Verbrecher auf freien Fuß zu setzen und die Deutschnationalen

zu verdrängen. Das ist die einzige Gefahr, die die Regierung hat dem Geschäftsordnungsausschuß, der über die Haftentlassung der kommunistischen Abgeordneten zu beraten hatte, Material zu gehen lassen um den Nachweis für die Notwendigkeit der Versäufungen zu erbringen. Der Reichstag hat sich denn auch nicht entschließen können, die schlimmsten kommunistischen Verbrecher auf freien Fuß zu setzen und die Deutschnationalen

zu verdrängen. Das ist die einzige Gefahr, die die Regierung hat dem Geschäftsordnungsausschuß, der über die Haftentlassung der kommunistischen Abgeordneten zu beraten hatte, Material zu gehen lassen um den Nachweis für die Notwendigkeit der Versäufungen zu erbringen. Der Reichstag hat sich denn auch nicht entschließen können, die schlimmsten kommunistischen Verbrecher auf freien Fuß zu setzen und die Deutschnationalen

zu verdrängen. Das ist die einzige Gefahr, die die Regierung hat dem Geschäftsordnungsausschuß, der über die Haftentlassung der kommunistischen Abgeordneten zu beraten hatte, Material zu gehen lassen um den Nachweis für die Notwendigkeit der Versäufungen zu erbringen. Der Reichstag hat sich denn auch nicht entschließen können, die schlimmsten kommunistischen Verbrecher auf freien Fuß zu setzen und die Deutschnationalen

zu verdrängen. Das ist die einzige Gefahr, die die Regierung hat dem Geschäftsordnungsausschuß, der über die Haftentlassung der kommunistischen Abgeordneten zu beraten hatte, Material zu gehen lassen um den Nachweis für die Notwendigkeit der Versäufungen zu erbringen. Der Reichstag hat sich denn auch nicht entschließen können, die schlimmsten kommunistischen Verbrecher auf freien Fuß zu setzen und die Deutschnationalen

aus dem Bericht Loebes einigermaßen erfahren können, wie gefährlich dieses Mißtrauen der kommunistischen Agitatoren in Deutschland ist. Es handelt sich ganz offenbar um die Vorbereitung eines großen Aufstandes, der mit allen Mitteln der Gewalt und der Waffentechnik durchgeführt werden soll. Besonders bedenklich ist es dabei, daß es den Kommunisten, wie es scheint, auch schon gelungen ist, bis in die Reihen der Reichswehr vorzudringen, wobei es sich allerdings glücklicherweise um große Ausnahmefälle handelt. Das Material, das dem Ausschuss zugegangen ist und das zum Teil der Deutschnationalen bekannt wurde, bildet aber nur einen Ausschnitt aus dem großen Bild der kommunistischen Vorbereitungen, das in allen Feinheiten natürlich nicht bekannt ist. Die Regierung weiß aber genug, um davon überzeugt zu sein, daß es sich um Umsturzpläne allergrößtenteilscher Art handelt.

Der Reichsinnenminister ist, wie wir wissen, entschlossen, dieser Gefahr mit der denkbar größten Entschiedenheit entgegenzutreten. Es ist sehr fraglich, ob man ohne scharfe Ausnahmemaße gegen die Kommunisten überhaupt noch durchkommen wird. Sind sie nötig, so werden sie gefordert werden und man wird dann hoffen dürfen, daß auch die Deutschnationalen politisches Verantwortungsgefühl genug besitzen, um aus der gemeinsamen Oppositionsfront mit den Kommunisten auszutreten und der Staatsgewalt beizustehen, die sich in der nächsten Zeit gegen die Kommunisten wird durchsetzen müssen, wenn sie nicht selbst in Gefahr geraten will.

auch eine andere Persönlichkeit (falls sie benutzt wurde) eine Einigung in den sachlichen Fragen nicht herbeiführen konnte. Jeber weitere Zeitverlust mußte vermieden werden, da die Krise weit Gatt schon lange genug gedauert und die Geschäfte mehr verzögert hat, als den Interessen des Landes zuträglich ist.

Eine Regierung der Pflicht, so wägen wir das neue Kabinett, das ja in Wahrheit das alte ist, bezeichnen. Es kann sich im Reichstage nur auf eine Minderheit stützen, auf die Parteien des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten. Es wird die notwendigen Mehrheiten dort zu nehmen haben, wo es dieselben findet, hoffentlich — wir sagen es offen — recht oft mit den Stimmen der Deutschnationalen Volkspartei. Es kommt jetzt auf sachliche Arbeit an, vor allem auf die Lösung der außenpolitischen Probleme. In dieser sachlichen Arbeit, in der Vereinigung der nächsten außenpolitischen Aufgaben wird die Regierung ihren Mann zu stehen haben und dabei hoffentlich nicht nur im Parlament, sondern auch im Lande Verständnis und Unterstützung über die Parteigrenzen hinaus finden. Die Erkenntnis wird doch immer mehr wachsen, daß alle Deutschen zu einer Notgemeinschaft verbunden sein müssen, die allein durch verständnisvolles Zusammenarbeiten zur Geltung kommt, aber nicht demnach, daß der eine oder andere mit dem Kopf durch die Wand rennen will. Und so hoffen wir, daß der Gedanke der Zusammenfassung aller bürgerlichen Kräfte, auch wenn er in der Regierung nicht sichtbar zum Ausdruck kommt, sich doch praktisch über alle Hindernisse hinweg vertritt. Dann kann aus solcher Zusammenarbeit doch noch in absehbarer Zeit das herauswachsen, was jetzt zu erreichen nicht möglich war.

Keine Verlängerung der Miumoerträge.

Wie die „Deutsche Bergwerkszeitung“ festgestellt hat, ist die Nachricht unzutreffend, daß neue Vorläufe für die Miumoerhandlungen vorbereitet würden. In Anbetracht der außerordentlich schwierigen Lage des Ruhrbergbaues würde eine Verlängerung der Miumoerträge auf der bisherigen privaten Grundlagede taum möglich sein.

Das Attentat auf Seipel.

Die politische Folge.

Aus Wien schreibt man uns: Es stellt sich immer mehr heraus, daß das Attentat auf den Bundeskanzler Seipel nicht ohne politische Rückwirkungen bleiben wird. Daß es sich um ein politisches Verbrechen handelt, steht wohl außer Zweifel, zumal der Attentäter bei seiner Festnahme immer wieder die Worte hervorrief: „Ich bin beauftragt gewesen“. Wenn die Drahtzieher des Verbrechens aber geklärt haben, mit Seipel auch den von ihm eingeleiteten Kurs beizugehen zu können, so täuschen sie sich sehr. Die von Seipel durchgeführte Sanierungspolitik ist so fest verankert, daß dieses Werk auch seinen Schöpfer selbst überdauern würde. Wer immer in Österreich das Sauerwerk ergreift, wird keinen anderen Kurs steuern können, als den von Seipel vorgezeichneten.

Aber trotzdem ist die unvermeidliche Ausschaltung Seipels mindestens für einige Zeit aus der politischen Betätigung nicht leicht zu nehmen. Österreich sieht am Vorabend neuer wichtiger Geschehnisse, in denen vor allem die Frage der Aufhebung der Völkerbundskontrolle auf die Tagesordnung gestellt werden soll. Seipel wollte selbst nach Genf reisen, um sich mit dem ganzen Gewicht seiner Persönlichkeit bei diesen für Österreich so wichtigen Verhandlungen einzusetzen. Erst am letzten Mittage hatte er eine Begegnung mit dem aus Italien zurückkehrenden tschechischen Außenminister Dr. Benes, der in der Generalsitzung des Völkerbundes den Vorstoß führen wird. Nach Benes, der Vorsitzende des Finanzausschusses des Völkerbundes ist in Wien eingetroffen, um sich aus eigener Anschauung über die Fortschritte des österreichischen Sanierungswerkes zu unterrichten. Es ist selbstverständlich, daß man unter diesen Umständen es sehr schmerzlich empfindet, wenn der eigentliche Träger der Sanierungsaktion fehlt. Auch die innerpolitische Lage und die parlamentarische Arbeit ist noch reich an gefährlichen Klippen, jedoch die feste Hand des Bundeskanzlers gerade jetzt besonders schmerzlich vermisst wird. Auch im österreichischen Volke wird man, was die zwei Jahre der Bundeskanzlerschaft Seipels für Österreichs Sanierung zu bedeuten haben. Man kann es deshalb begreifen, daß der Attentäter auf dem Bahnhof mit Miße der Lynchjustiz entging, und daß es in der Bahnhofshalle sogar zu einer Schlägerei zwischen Sidbahnangestellten verschiedener politischer Richtungen kam.

Gegen die Kriegsschuldfrage.

Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist die Drucklegung der dritten Reihe des großen Altenerbes der Deutschen Regierung in der das diplomatische Altmaterial des Deutschen Auswärtigen Amtes zur Geschichte der europäischen Politik in der Zeit vom Frankfurter Frieden im Jahre 1871 bis zum Beginn des Weltkrieges der Öffentlichkeit übergeben wird, jetzt beendet. Die dritte Reihe umfaßt 6 Bände in acht selbständig gebundenen Teilen. Die Bände werden nach Erledigung der letzten rechtlichen Arbeiten durch die Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin in zwei Abteilungen am 13. und am 30. Juni an den Buchhandel ausgeliefert werden. Das gesamt Altenerbes, das den Titel „Die Große Politik der Europäischen Kabinete 1871-1914“ führt, wird, wie jetzt feststeht, einen Umfang von 30 Bänden (und 36 gebundene Einzelhefte) haben und fünf Gruppen bilden, deren jede einen entscheidenden Abschnitt der Geschichte des letzten halben Jahrhunderts umfaßt. Die im Jahre 1923 erschienene erste Gruppe enthält bekanntlich das Altmaterial der Zeit vom Frankfurter Frieden bis zur Entlassung des Fürsten Bismarck, die im Herbst 1923 fertiggestellte zweite Gruppe, die Altien aus dem ersten Jahreshett der Regierungzeit Kaiser Wilhelms des Zweiten unter dem Titel „Der neue Kurs“, die jetzt erscheinende dritte Gruppe umfaßt die Verhandlungen der Jahre 1897-1903 und führt den Titel „Die Politik der freien Hand“. Sie behandelt die europäische Politik von dem Eintritt des Deutschen Kaiserreichs in die Weltpolitik bis zum Schluss des Jahres 1903. Weitere Mitteilungen werden rechtzeitig der

